



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,  
LIEBE LESERINNEN UND LESER,

beim Kreisparteitag am 24. Juni haben wir unseren neuen Kreisvorstand gewählt (S.2) und spannende Anträge diskutiert. Aber natürlich haben wir auch einen Blick zurück auf die beiden vergangenen Jahre geworfen, die in jeder Hinsicht intensiv waren. Nicht nur mit Blick auf die internationale Situation und die letzten Ausläufer der Pandemie, sondern auch mit Blick auf unseren Kreisverband und die Ortsvereine. Mit der Bundestags-, der Landtags- und der Kommunalwahl waren gleich drei zeitaufwändige und intensive Kampagnen zu

bestreiten. Mit der Affäre um unseren ehemaligen Schatzmeister und Eutiner Bürgermeisterkandidaten kam eine weitere Belastung hinzu, auf die wir alle gerne verzichtet hätten. Umso wichtiger war der Zusammenhalt in der Partei und die gegenseitige Unterstützung. Dafür im Namen des ehemaligen Kreisvorstandes unser herzlicher Dank!

Vor dem neuen Kreisvorstand liegen jetzt zwei Jahre mit nur einer einzigen Wahl. Das bietet die Möglichkeit, wieder mehr Kraft in unsere Inhalte, die Unterstützung der Ortsvereine und

in Angebote für die Mitglieder zu investieren. Denn unsere Mitglieder bleiben das Herz der SPD.

Das Ergebnis der Kommunalwahl Mitte Mai war in weiten Teilen Ostholsteins trotz der starken sozialdemokratischen Arbeit der vergangenen Jahre vor Ort und des engagierten Wahlkampfes enttäuschend. Oftmals waren es die vermeintlich unabhängigeren Wählergemeinschaften, die große Zuwächse einfahren konnten. Nicht alles, was von Landes- oder Bundesebene kam, wurde als

Rückenwind empfunden. Jetzt geht es darum, in den kommenden fünf Jahren in den Kommunalparlamenten trotzdem das Beste für die Menschen herauszuholen. Denn die Sozialdemokratie wird mehr denn je gebraucht, wenn die großen Veränderungen der kommenden Jahre niemanden überfordern sollen.

Wir wünschen euch und euren Familien einen erholsamen Sommer! ■

Niclas Dürbrook und Gabriele Freitag-Ehler  
*Kreisvorsitzende*

INHALT	SEITE
Editorial	1
Kreisparteitag – Anträge	1
Das war der Kreisparteitag	2
Kevin und Tim	4
Demokratie?	4
Kommunalwahl, die neue Kreistagsfraktion	5
Batterie-Kreislauf	6
Naturschwund	7
Munition muss weg!	8
Sierksdorf gewinnt	9
Altersarmut	10
AG60+ JHV-Einladung	11
Impressum	11
Bürgerentscheid retten	12

## KREISPARTEITAG DISKUTIERT

# SUNDBRÜCKE, BÄDERBAHN UND NATIONALPARK

Lange wurde bei einem unserer Kreisparteitage nicht mehr so engagiert diskutiert wie am 24. Juni in Neustadt. Vier Anträge standen auf der Tagesordnung, die für spannende Debatten sorgten, am Ende aber alle mit breiter Mehrheit beschlossen wurden.

So fordern wir beim möglichen Weiterbetrieb der Bäderbahn, die Interessen der betroffenen Gemeinden zu berücksichtigen. Damit die Nutzung der Bäderbahntrasse als Ausweichstrecke für Güterschwerverkehr ausgeschlossen werden kann, sollte die Notwendigkeit einer Elektrifizierung kritisch überprüft werden. Grundsätzlich böten die Pläne für Regionalverkehr auf der Bäderbahn die Chance auf einen zukunftssicheren und klimafreundlichen Anschluss der betroffenen Gemeinden.

Mit Blick auf den neuen Sundtunnel lehnen wir eine Elektrifizierung der alten Sundbrücke klar ab. Wenn die Brücke wegen Verzögerungen beim Tunnel als Übergangslösung für Güterver-

kehr genutzt würde, brächte das nicht nur eine große Lärmbelastung ohne Lärmschutz, sondern würde zudem die Sanierungen der letzten Jahre ad absurdum führen. Mit Blick auf den anstehenden Baulast-Wechsel fordern wir die Landesregierung auf, die Baulast zu übernehmen. Der Bund hat deutlich gemacht, sich nicht in der Verantwortung zu sehen. Das Land setzt sich seit vielen Jahren vehement für die Feste Beltquerung ein, ohne bislang in nennenswerten Umfang eigene Gelder in die Hand genommen zu haben.

Abschließend berieten die Delegierten über den Nationalpark Ostsee. Die schwarz-grüne Landesregierung hat zu verantworten, dass viele Menschen das Vertrauen in den Prozess verloren haben. Zu einer offenen Debatte gehöre, etwaige Verbote und Einschränkungen klar zu benennen. Ein Nationalpark Ostsee darf keine Existenzen gefährden. ■

Niclas Dürbrook

## DAS WAR DER KREISPARTEITAG



**Rund 60 Delegierte aus den SPD-Ortsvereinen kamen am Samstag den 24. Juni im Neustädter Ameos-Klinikum zusammen, um Anträge zu diskutieren und einen neuen Kreisvorstand zu wählen.**

Gastrednerin war unsere SPD-Landesvorsitzende Serpil Midyatli. Sie rief in ihrer Rede dazu auf, gerade in Zeiten der Inflation diejenigen Menschen in den Blick zu nehmen, die schon bislang mit wenig Geld auskommen müssten. Von der Landesregierung kämen hierzu keinerlei Impulse. Mit Blick auf Ostholstein sei die fehlende Professionalität der Landesregierung ein großes Problem. Sowohl die Kommunikationspannen beim Nationalparkprozess, als auch bei der Bäderbahn gingen zu Lasten der Region.

### KREISVORSTANDSWAHLEN

Als Kreisvorsitzende wurden die 65-jährige Stadtjugendpflegerin Gabriele Freitag-Ehler aus Gremersdorf und der 33-jährige Landtagsabgeordnete Niclas Dürbrook aus der Gemeinde Süsel wiedergewählt. Beide hatten keine Gegenkandidaten. Niclas Dürbrook dankte den Delegierten für die Wiederwahl und sagte: „Die vergangenen zwei Jahre waren für die SPD Ostholstein eine extrem anstrengende Zeit. Drei Wahlkämpfe in kurzer Zeit haben den Kreisvorstand und die Ortsvereine gefordert. Nun wird es Zeit, wieder stärker die inhaltliche Arbeit und Angebote für die Mitglieder in den Blick zu nehmen.“ Gabriele Freitag-Eh-

ler ergänzte: „Ich freue mich auf die Arbeit mit dem neuen Kreisvorstand. Gemeinsam mit der Kreistagsfraktion, unseren Abgeordneten und den Ortsvereinen wollen wir nun mit voller Kraft für mehr soziale Gerechtigkeit durchstarten.“



Foto © Tim Dürbrook



Im Rahmen des Parteitags konnten neun Neumitglieder begrüßt wer-



Zu Beginn hatten die Delegierten auf Antrag der SPD Bosau beschlossen, die Struktur des Vorstands zu ändern. Anstelle von drei stellvertretenden Vorsitzenden gibt es künftig nur noch zwei. Dafür wurde die Zahl der Beisitzerinnen und Beisitzer von fünf auf sieben erhöht.

Der ehemalige langjährige Kreistagsfraktionsvorsitzende und pensionierte Lehrer Burkhard Klinke aus Bosau bleibt weiterhin stellvertretender Kreisvorsitzender. Neue stellvertretende Kreisvorsitzende ist die Polizeibeamtin und Kreistagsabgeordnete Astrid Steffen aus der Gemeinde Süsel. Den Vorstand komplettieren der Schatzmeister Andreas Hillesheim (Malente), der Schriftführer Björn Frohne (Bad Schwartau) und die Beisitzerinnen und Beisitzer Ute Behrens (Neustadt), Wolfgang Klein (Sierksdorf), Jens Puschmann (Lensahn), Angela Hüttmann (Schönwalde), Christian Hartmann (Oldenburg), Susanne Ritter (Malente) und Hermann Greve (Neustadt).

Aus dem Vorstand schieden auf eigenen Wunsch als Beisitzerin und Beisitzer Andreas Kunz und Helga Poppe aus.

Anisa Wichelmann kandidierte nicht erneut als stellvertretende Vorsitzende, bleibt dem Vorstand in ihrer Funktion als Juso-Vorsitzende allerdings als beratendes Mitglied erhalten.

Ebenso Tim Dürbrook, der nicht erneut als Schriftführer kandidiert hatte, nachdem er vom Kreistag zum stellvertretenden Kreispräsidenten gewählt wurde. Niclas Dürbrook dankte ihm insbesondere für seine langjährigen Verdienste um die Parteschule.

Beate Müller-Behrens kandidierte nicht erneut als stellvertretende Vorsitzende. Mit lang anhaltendem Applaus würdigten die Delegierten ihren 12-jährigen Einsatz auf verschiedenen Vorstandspositionen und insbesondere das Engagement als Verantwortliche für den Ostholsteinbrief. ■

Beate Müller-Behrens kandidierte nicht erneut als stellvertretende Vorsitzende. Mit lang anhaltendem Applaus würdigten die Delegierten ihren 12-jährigen Einsatz auf verschiedenen Vorstandspositionen und insbesondere das Engagement als Verantwortliche für den Ostholsteinbrief. ■



en, die der SPD in den vergangenen Monaten beigetreten sind.



Antragsberatung zur Sundbrücke, Bäderbahn und Nationalpark

## WAHLKAMPF KEVIN KÜHNERT IN OSTHOLSTEIN



Am Tag vor der Kommunalwahl war es mir eine große Freude, unseren SPD Generalsekretär Kevin Kühnert in Scharbeutz begrüßen zu dürfen. Kevin und ich kennen uns schon länger über die Arbeit bei den Jusos und umso mehr habe ich mich gefreut, als Anfang Mai die Anfrage aus dem Willy-Brandt-Haus kam, ob ich nicht Lust hätte, am Tag vor der Wahl eine Aktion mit Kevin durchzuführen.

Durch die Kurzfristigkeit musste es dann schnell gehen: Plakate wurden entwor-



fen und in den Druck gegeben, ich habe Störer auf Plakate geklebt, es wurden Pressemitteilungen verschickt, eine Mikroanlage organisiert und auf Social-Media geworben.

Der Morgen des 13. Mai meinte es dann gut mit uns, denn die Sonne schien und Kevin kam pünktlich um 10.00 Uhr mit seinem persönlichen Referenten auf den Scharbeutzer Ostseepark. Im Vorfeld hatte ich schon mit Kevin besprochen, dass er zuerst ein bisschen aus der großen Politik in Berlin berichtet, bevor wir dann den Bogen zur Kommunalwahl schlagen.

So ging Kevin in seiner Rede dann auf alle aktuellen Themen ein. Vom bezahlbaren Wohnraum in Tourismusgemeinden, bis hin zum Heizungsgesetz ließ er wirklich kein Thema aus. Danach öffneten wir die Runde für Fragen aus dem Publikum und auch hier konnten wir nochmal einen bunten Strauß an Themen mitnehmen, denn mit einem Spektrum von Jugendbeteiligung in den Kommunen bis hin zum deutschen Umgang mit China wurden wirklich spannende Fragen gestellt.

Im Anschluss hatte Kevin dann sogar noch Zeit für Fotos und Fragen in kleinerer Runde, bevor es für ihn zum nächsten Termin weiter ging. Ein wirklich toller Tag und mein persönliches Wahlkampfhighlight! ■

Tim Dürbrook  
1. Stellvertretender  
Kreispräsident Ostholsteins



## WAHLEN – UND DANN? WIE KÖNNEN WIR AUF DEMOKRATIE EINWIRKEN?

Unsere Demokratie muss verteidigt werden. Neben den Wahlen, der einfachsten Form der Bürgerbeteiligung, gibt es viele weitere Möglichkeiten der bürgerlichen Beteiligungen. Bürger haben viele Rechte, sich in politische Prozesse zu mischen, das Demonstrationsrecht oder das Bürgerbegehren. Diese Rechte sind in einer Demokratie nicht verhandelbar. Demokratie leben bedeutet auch, sich aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit einzusetzen.

Das mache ich im AWO-Treff in Oldenburg mit dem Demokratie-Projekt Zusammenhalt durch Teilhabe. Das AWO-Projekt wird vom Bundesinnenministerium unterstützt, dadurch können die Workshops mit politischen Fachreferenten besetzt werden. Nach dem Erfolg der beiden ersten Workshops wird die Reihe fortgeführt. Die Workshops waren bisher gut besucht, die Diskussionen lebhaft und immer länger als geplant. Im Kommunalwahlkampf stand der prominente Teil der Politik im Fokus, im dritten Teil wird mit Teilhabemöglichkeiten über Wahlen hinaus ein hochaktuelles Thema behandelt. „Wer sind das

Volk?“ – so lautet der Titel des nächsten Demokratie-Workshops bei der AWO in Oldenburg. In Demokratien geht die Staatsmacht vom Volk aus, es wählt die Volksvertreter, die Mitglieder der Parlamente. Aber erleben wir unsere parlamentarische Demokratie heute wirklich als Herrschaft des Volkes? Dabei geht es um Bürger:innenbeteiligung. Wir beschäftigen uns unter anderem mit folgenden Fragen: Stehen wirklich allen Menschen soziale, bürgerliche, kulturelle und wirtschaftliche Grundrechte zu? Was machen Lokalpolitiker:innen? Die Funktionsweisen von Demokratie, Parlamenten und die Rolle der freien Wohlfahrt werden beleuchtet.

Durch die sozialen Medien verbreiten sich die Fakenews und Hassreden der braunen Brut, sie manipulieren ihre Follower. Lasst uns die Bürger:innen aufklären und unterstützen, sodass sie nicht mehr auf Falschmeldungen hereinfallen. ■

Helga Poppe  
Mitglied des AWO Landespräsidiums Schleswig-Holstein

## WAHLPROGRAMME – WAHLKAMPF – WAHLERGEBNIS NEUE WAHLPERIODE NACH DER KOMMUNALWAHL

Ulf Kämpfer, unser Kieler Oberbürgermeister, hat auf dem Jahresempfang der SPD-Ostholstein erklärt, dass die Kommunalpolitik die Königsdisziplin der Politik sei. Wir arbeiten hart für unsere Gemeinden, Städte und unseren Kreis. Wir kämpfen für bezahlbaren Wohnraum, gute Fahrradwege, moderne Schulen, ausreichend Kita-Plätze und einen verlässlichen und bedarfsgerechten ÖPNV.

### WAHLKAMPF

Hierfür haben wir mit viel Herzblut unsere Wahlprogramme geschrieben und unseren Wahlkampf geplant. Wir hatten engagierte Kandidatinnen und Kandidaten. Wir waren draußen bei den Menschen, auf der Straße und an den Haustüren.

### WAHLERGEBNIS



Umso enttäuschender war natürlich das Ergebnis der Kommunalwahl vielerorts für uns. Im Kreis haben wir 4,2 Prozentpunkte verloren. Konkret bedeutet das, dass wir zwei Kreistagsmandate und sieben Plätze in Ausschüssen und Gremien im Vergleich zu vor fünf Jahren eingebüßt haben.

Ein schwacher Trost ist es dabei, dass wir die zweitstärkste Kraft geblieben sind und dass wir im SPD-Landesvergleich ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielt haben. Leider ist es aber auch so, dass nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten zur Wahl gegangen ist. Von denen, die wählen gegangen sind, haben fast 10 % die AfD und die Partei „die Basis“ gewählt.

Diese Verunsicherung der Menschen war bereits im Wahlkampf deutlich spürbar. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Energiekrise sowie die hohe Inflation haben tiefe Spuren hinterlassen. Auch die Art und Weise des Zustandekommens des neuen Heizungsgesetzes hat ihren Teil dazu beigetragen. Die Menschen machen sich Sorgen, ob sie eine bezahlbare Wohnung finden, wie sie in Zukunft zur Arbeit gelangen und ob sie ihre Strom- und Heizkosten tragen können.

Im Ergebnis geht es um das Vertrauen darin, dass wir diese Fragen beantworten können. Vor allem für die Kommunalpolitik braucht es dafür den Dialog. Wir müssen unsere Freunde, Nachbarn und Bekannten davon überzeugen, dass wir es sind, die Projekte wie den sozialen Wohnungsbau oder den Neubau von Schulen und Kitas vorantreiben. Wir müssen raus zum Kleingartenverein, zur Feuerwehr oder zu den KiTa-Eltern.

Das ist das, was sozialdemokratische Kommunalpolitik ausmacht. Wir sind vor Ort verankert und wenn wir weiter hart arbeiten, dann wird unsere Arbeit auch Früchte tragen und es wird dann auch wieder Wahlergebnisse geben, die für uns ein Grund zur Freude sind.

### SOMMERKLAUSUR & KONSTITUIERUNG

Am 03. Juni hat sich die SPD-Kreistagsfraktion in Neustadt zu ihrer Sommerklausur getroffen. Dabei ging es hauptsächlich um die personelle Aufstellung in den kommenden fünf Jahren. So wurden die Ausschüsse und Gremien besetzt und wir haben uns dafür entschieden, Tim Dürbrook für das Amt des 1. Stellvertretenden Kreispräsidenten und Manfred Jaeger für das Amt des 2. Stellvertretenden Landrats zu nominieren.

Außerdem wurde der Vorstand vervollständigt: Neben mir als Vorsitzenden und Gabriele Freitag-Ehler, sowie Manfred Jaeger als meinen Stellvertreter:innen komplettieren Astrid Steffen und Gabriela Eckert das Team.

Teilpolitische Sprecher wurden

Burkhard Klink	für	Schule, Bildung, Kultur und Sport
Gabriele Freitag-Ehler	für	Jugendhilfe
Jens Andermann	für	Planung und Wirtschaft
Gabriela Eckert	für	Natur, Umwelt, Bau und Verkehr
Astrid Steffen	für	Sicherheit und Gesundheit
Manfred Jaeger	für	Soziales und
ich, Thomas Garken	für	Finanzen

Am 20. Juni hat dann der Kreistag das erste Mal in dieser Wahlperiode getagt und sich konstituiert.

Heinz-Dieter Steigert kam dabei eine besondere Rolle zu. Als Dienstältester Abgeordneter des Kreistags hatte er die Ehre, die Wahl und Verpflichtung der Kreispräsidentin zu leiten. Petra Kirner wurde einstimmig gewählt.



Auch Tim Dürbrook als ihr 1. Stellvertreter und Manfred Jaeger als 2. Stellvertretender Landrat wurden einstimmig gewählt. Unsere Vorschläge für die Ausschüsse und Gremien fanden eine breite Mehrheit.

Nach der Sommerpause wird es eine Feierstunde der Fraktion mit der Ehrung und der Verabschiedung der ausscheidenden Kreistagsabgeordneten und wählbaren Bürger geben. ■

Euer Thomas  
für die SPD-Kreistagsfraktion

# WIE WIR EINEN NACHHALTIGEN UND SOZIAL GERECHTEN BATTERIE-KREISLAUF SCHAFFEN WOLLEN

## LIEBE EUROPA-INTERESSIERTE,

Batterien sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Egal ob Mobilitätswende, Digitalisierung oder der Ausbau erneuerbarer Energien: Wir brauchen Batterien, wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen. Das Problem: Wenn wir uns den gesamten Lebenszyklus einer Batterie anschauen, sind wir aktuell von Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit aber noch weit entfernt.

### WAS IST DAS PROBLEM?

Jedes Jahr importieren wir über eine Million Tonnen Batterien in die Europäische Union und die Nachfrage steigt. Die Rohstoffe für diese Batterien stammen aus Minen, die sich meist in Ländern des globalen Südens befinden. Denn hier befinden sich großen Vorkommen an Kobalt, Blei, Lithium oder Nickel, welche für die Herstellung unserer Batterien benötigt werden. Häufig werden diese Rohstoffe dort unter menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut. Und nicht nur das: Oft treiben Großkonzerne den Abbau ohne Rücksicht auf Umweltzerstörung und/oder -verschmutzung voran. Die Bevölkerung vor Ort leidet dann doppelt.

Gleichzeitig recyceln wir in der EU zu wenige Batterien. Das führt dazu, dass wir bei Batterien und den eingesetzten Rohstoffen stark abhängig sind vom Weltmarkt. Denn wird eine Batterie hier recycelt, müssen wir die Rohstoffe nicht erneut importieren.

Und wer kennt es nicht: Oft sind Batterien so verbaut, dass wir sie als Verbraucher\*innen gar nicht entnehmen und austauschen können. Gibt eine Batterie den Geist auf, müssen wir Verbraucher\*innen das Gerät oft direkt durch ein neues ersetzen. Das geht nicht nur auf den Geldbeutel, sondern erzeugt auch riesige Mengen an vermeidbarem Elektroschrott.

### WIR WOLLEN DEN KREISLAUF SCHLIEßEN

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten haben wir uns als Europäisches Parlament daher auf eine neue Batterieverordnung geeinigt. Aktuell fehlt nur



noch die finale Zustimmung der Mitgliedsstaaten zum Kompromisstext.

Zum ersten Mal haben wir dann ein ganzheitliches Regelwerk in der europäischen Gesetzgebung für den gesamten Produktlebenszyklus von Batterien. Damit wollen wir sicherstellen, dass die in der EU importierten und produzierten Batterien, während ihres gesamten Lebenszyklus, nachhaltig und sicher sind.

### WAS BEDEUTET DAS FÜR EUCH?

Die Verordnung enthält konkrete Verbesserungen für euren Alltag: Denn zukünftig müssen Batterien so verbaut sein, dass ihr sie austauschen könnt. Ihr müsst also kein neues Gerät kaufen, nur weil die Batterie nicht mehr funktioniert. Und gleichzeitig geben wir den wachsenden Bergen an Elektroschrott ein Ablaufdatum.

Außerdem sollen alle Batterien zukünftig durch Labels oder QR-Codes so gekennzeichnet werden, dass ihr als

Verbraucher\*innen Informationen über Langlebigkeit, Ladekapazität und die chemische Zusammensetzung von Batterien erhalten könnt.

Wir haben uns außerdem Sammelziele für konkrete Batterietypen und Recyclingziele für Rohstoffe gesetzt, die in Batterien verbaut sind. Um das zu erreichen, gibt es zukünftig eine Rücknahmepflicht: Deine Autobatterien müssen Hersteller:innen und Händler\*innen beispielsweise zukünftig unentgeltlich zurücknehmen und sammeln. Als Endnutzer\*in musst deine Altbatterien zukünftig außerdem an ausgewiesenen Sammelstellen abgeben.

In Zukunft müssen Unternehmen, die Batterien in der EU verkaufen, Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten verhindern. Damit setzt die EU einen neuen globalen Standard. Hersteller\*innen auf der gesamten Welt werden nun nachhaltig produzieren müssen, wollen sie Ihre Batterien in der EU verkaufen. Damit schützen wir auch unsere Industrie vor Ort. ■

Eure Delara

WIR HABEN EIN PROBLEM UND KAUM JEMAND MÖCHTE ES SEHEN

# DAS SCHWINDEN DER NATUR

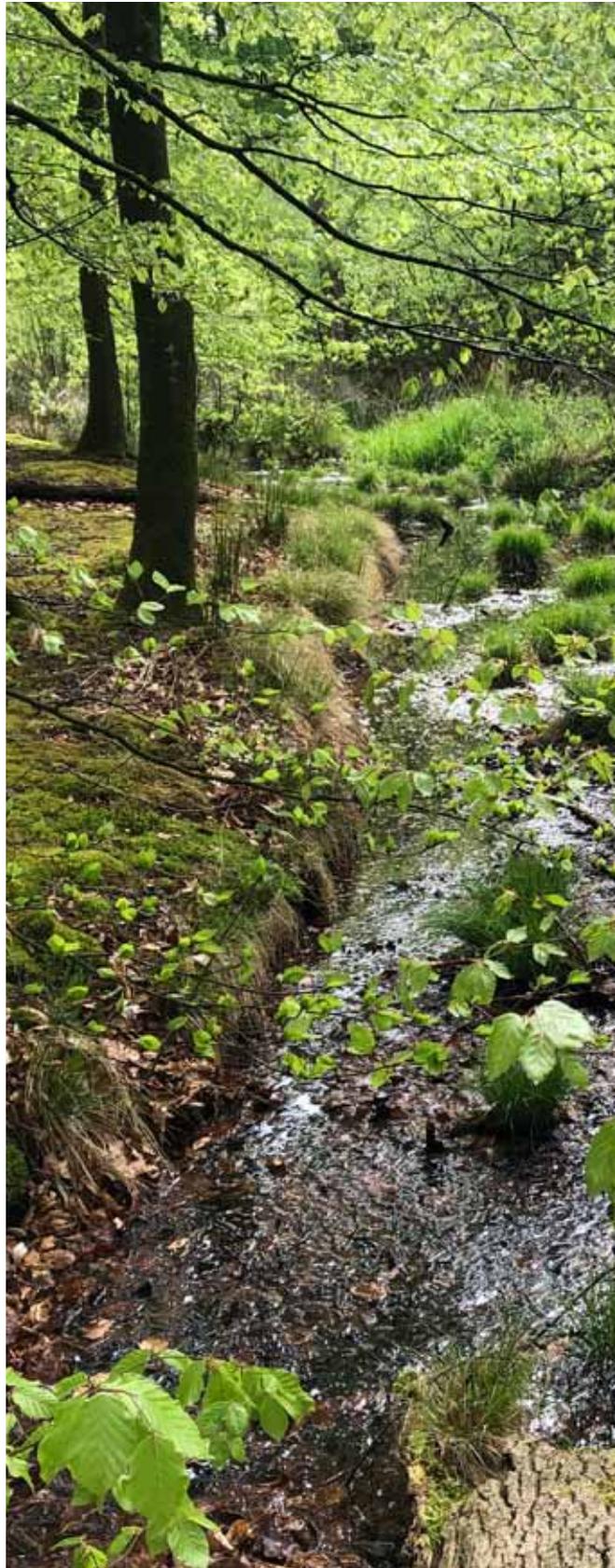
Dabei trifft es uns alle und bedeutet eine unglaubliche Mammutaufgabe. Im Land, in den Kreisen, Gemeinden und Städten.

Die Fläche der Wertbiotope (z.B. Offenlebensräume, Heiden, Steilküsten, Sumpfwälder, Moore) hat sich fast halbiert. Gesetzlich geschützte Biotope wurden um bis zu 66% reduziert. Diese Ergebnisse sind schlimmer als schon befürchtet.

Auf Initiative der SPD haben wir 2014 die Biotopkartierung auf den Weg gebracht. Bis 2020 wurden insgesamt 456.000 Wertbiotope und 1,68 Millionen Pflanzendaten erfasst. Das Ergebnis lässt einen zum Teil ratlos zurück. Klar ist, dass Intensivgrünland, Äcker, Siedlungs- und Verkehrsflächen deutlich zugenommen haben.

Das Nachsehen haben die naturnahen Biotopflächen. Zudem hat die Qualität der Biotope abgenommen, was unter anderem an Entwässerung und Nährstoffeinflüssen liegt. Auch Verstöße gegen geltendes Naturschutzrecht spielen eine Rolle und müssen stärker als bisher kontrolliert und geahndet werden. Leider sind die Unteren Naturschutzbehörden personell nicht gut aufgestellt. Das müssen wir ändern und deren Arbeit stärker unterstützen.

Die Datengrundlage, die wir jetzt haben, ist daher eine wichtige Information. In Ostholstein beträgt der prozentuale Anteil der gesetzlich geschützten Biotope und Lebensraumtypen an der Kreisfläche 11 % und hat landesweit den höchsten



Flächenanteil an Küstendünen, Strandseen und Staudenfluren an stehenden Binnengewässern und Walddünen.

Die Lebensräume in Schleswig-Holstein schwinden und mit ihnen die Arten. Es geht also auch um unseren Hintern und nicht nur den der Hummel. Wir müssen konsequent gegensteuern. Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist für uns überlebenswichtig. Sie ist die Grundlage für alles andere.

**Wir müssen in unseren politischen Entscheidungen die Ergebnisse der Biotopkartierung berücksichtigen. Und das können wir alle!**

Welche Konsequenz hat die Kartierung in unserem Kreis, welche Maßnahmen müssen wir ergreifen? Wie viele Verstöße hat der Kreis geahndet und was genau war die Konsequenz? Wo sind die besonderen Biotope in unseren Gemeinden und müssen wir mehr für deren Schutz tun?

Wie beurteilen die Naturschutzverbände die Situation vor Ort? Und was können sie uns über die Schutzgebietsbetreuung berichten? Es ist ein gutes und wichtiges Thema für die politische Arbeit auch vor Ort.

Wenn ihr Informationen benötigt oder intensiver darüber sprechen wollt, ladet mich gerne ein. ■

Eure  
Sandra

# EIN LANGER KAMPF UM 100 MILLIONEN EURO ZUR BESEITIGUNG VON MUNITIONSALTLASTEN IN DER OSTSEE

Millionen Tonnen Munitionsaltlasten aus dem 2. Weltkrieg liegen seit Kriegsende in Nord- und Ostsee. Sie verrotten auf dem Meeresboden und drohen, die hoch toxischen Inhalte unkontrolliert abzugeben. Diese tickende Zeitbomben zu bergen ist echt teuer und vom versenkten Geld wird man außer teurem Sondermüll nichts sehen – wenn man nichts macht, dann sieht man noch weniger. Noch weniger Leben in der Ostsee.

## BERGEN! NICHT NUR UNTERSUCHEN

Die Grünen in Norddeutschland hatten 2021 im Wahlkampf vehement ein Pilotprojekt in Höhe von 100 Mio. Euro von Finanzminister Olaf Scholz gefordert, was dann auch im Koalitionsvertrag der Ampel in Berlin festgeschrieben wurde. Im Etat der grünen Umweltministerin Steffi Lemke für 2022 standen nur 400.000 Euro für Untersuchungen, was zu kritischen Debatten im Haushaltsausschuss führte. Im Regierungsentwurf für 2023 hatte Steffi Lemke in ihrem Etat weniger als die Hälfte der erforderlichen 100 Mio. Euro verankert. Damit hätte die notwendige Bergungsplattform für die Erprobung einer Munitionsbergung durch Roboter inklusive einer Verbrennung der Munition auf hoher See 2023 nicht beauftragt werden können.

Auch die vagen Aussagen zur Bergung von Munition im Koalitionsvertrag nach der Landtagswahl SH 2022 enttäuschten sehr.

## SOS FÜR DIE OSTSEE – WARUM WIR JETZT ENDLICH MIT DER BERGUNG VON MUNITIONSALTLASTEN BEGINNEN MÜSSEN

Bettina Iud zusammen mit ihrem Bundestagskollegen Michael Thews und mit unserer Landtagsabgeordneten Sandra Redmann zum 17. August 2022 nach Scharbeutz ins Haffhus ein.

Der renommierte Toxikologe und Pharmakologe der Uni Kiel, Prof. Dr. Edmund Maser, referierte über die Risiken der versenkten Kriegsmunition, Jann Wendt, CEO von north.io, sprach in seinem Vortrag über die technischen Lösungsmöglichkeiten bei der Bergung von Munition aus dem Meer, Dagmar Struß, Leiterin der NABU Landesstelle Ostseeschutz, beschrieb die Gefahren der Munitionsaltlasten in der Ostsee aus der Sicht des Natur- und Tierschutzes eindringlich.

## ES IST UNVERANTWORTLICH, DIE BERGUNG WEITER ZU VERSCHLEPPEN

Zu diesem Fazit des spannenden Diskussionsabend kamen über 150 interessierte Einheimische, Gäste sowie Vertreter:innen von Tourismus bis Fischerei und Verbänden, wie auch alle Bürgermeister:innen der Küstenorte. Ein eindrucksvolles Signal dafür, wie groß die Betroffenheit und Sorge angesichts der ständig wachsenden Gefahren durch die Munitionsaltlasten auf dem Ostseegrund ist.

## WAS PASSIERT IN BERLIN?

IM HERBST 2022 wurde der Munitionsaltlasten-Etat zur Beauftragung der erforderlichen Bergungsplattform im Haushaltsausschuss auf über 100 Mio. Euro für die Jahre 2023 bis 26 aufgestockt. Damit sollten bald erste Versuche der Bergung mit Robotertechnik und Verbrennung der Munitionsaltlasten be-

ginnen können. Ein hart erarbeiteter Erfolg für die Umwelt, den Meeresschutz, die Gesundheit von Mensch und Tier.

IM JANUAR 2023 informierte das Bundesumweltministerium erstmals die Abgeordneten zum Umsetzungsstand des Sofortprogramms zur Bergung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee. Erste Versuche der Bergung mit Robotertechnik und Verbrennung der Munitionsaltlasten auf hoher See sollen 2024, spätestens 2025 auf See für den Dauerbetrieb erprobt werden.

IM FEBRUAR 2023 musste Umweltministerin Steffi Lemke bei einer öffentlichen Auftaktveranstaltung bereits erste Verzögerungen im Programm einräumen. Obwohl bereits

NOVEMBER 2022 FÜR MÄRZ 2023 ein schriftlicher Bericht mit detailliertem Konzept gefordert worden war, konnte am

19. APRIL 2023 im Haushaltsausschuss lediglich ein Vorbericht des Umweltministeriums diskutiert werden, der viele Fragen offenließ. Erst am 14. Juni konnte das detaillierte Konzept ausführlich im Haushaltsausschuss diskutiert werden.

Das Umweltministerium wollte vorab für 30 Mio. Euro die Pilotierung beauftragen, aber ohne die innovative automatisierte Roboterbergung mit Verbrennung auf See sondern stattdessen mit marktverfügbarer Technik und Transport an Land zur Verbrennung in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. **Dafür hat der Haushaltsausschuss die 100 Mio. jedoch nicht vorgesehen.**

## MARITIME KONFERENZEN

IM MAI 2021 auf der Maritimen Konferenz in Rostock war die Entwicklung von innovativer Technik und Know-How maritimer Industriebetriebe zur Räumung von Munition Hauptthema. Im September 2023 hätte das Umweltministerium bei der nächsten Maritimen Konferenz in Bremen eigentlich seine erfolgreiche innovative Beauftragung vorstellen können.

## UND JETZT? PILOTPROJEKT? BUND-LÄNDER-FONDS?

Noch vor der Sommerpause werden die zuständigen Mitglieder im Haushaltsausschuss dem Umweltministerium alle Fragen stellen, die im Haushaltsausschuss am 14. Juni nicht beantwortet wurden. Knackpunkt ist, dass das Ministeriums die Bergungsplattform 2023 definitiv nicht als vollautomatisierte Variante mit der erforderlichen Verbrennungskapazität beauftragen will, obwohl genau dafür die Mittel im November parteiübergreifend beschlossen wurden.

Die Sorge von Bettina und dem Haushaltsausschuss ist, dass die 30 Millionen, die nun für die Bergung von überwiegend Patronen und Granaten mit marktüblicher Technik ausgegeben werden, bei der Entwicklung und Produktion der vollautomatisierten Bergungsplattform fehlen könnten. Das darf auf keinen Fall passieren. Dieses Pilotprojekt muss als Startschuss die Mammutaufgabe der Räumung von Munitionsaltlasten im Meer nachhaltig zum Erfolg machen. Ein Bund-Länder-Fonds ist dafür als verlässliches Finanzierungsinstrument ab 2026 dringend erforderlich. Die Bereitschaft zur finanziellen Landesbeteiligung muss konkretisiert werden, Umweltminister Goldschmidt und Finanzministerin Heinold müssen grüne Politik machen! ■

# NEUES VON DER HINTERLANDANBINDUNG ÜBERGESETZLICHER LÄRMSCHUTZ IN SIERKSDORF SICHER

## DER GEPLANTE LÄRMSCHUTZ

Im Juli 2020 hat der Deutsche Bundestag gut 232 Mio. Euro für den übergesetzlichen Lärmschutz an der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung beschlossen. Im Beschluss sind auf Vorschlag des Dialogforums und der Deutschen Bahn konkrete bauliche Maßnahmen aufgelistet. Für Sierksdorf wurde 2020 die Tieferlegung der Bahntrasse aus Lärmschutzgründen um 2,50 Meter auf bis zu 10,50 Meter insgesamt und zusätzlich eine Mio. Euro für übergesetzlichen Lärmschutz beschlossen.

## DIE BEANTRAGTE „VERWÄSSERUNG“ DES LÄRMSCHUTZES

Doch vor Monaten stellte die Bahn fest, dass aufgrund von vertieften Baugrunduntersuchungen 2021 und 2022 eine Umsetzung der vom Bundestag beschlossenen Akzeptanzlösung mit einer Vertiefung der Trasse im Bereich Sierksdorf um 2,5 Meter nicht umgesetzt werden könne, da dort in tieferen Bauschichten gespanntes zu schützendes Grundwasser identifiziert worden sei. Die vom Bundestag beschlossene Variante würde jetzt wegen dieser Grundwasserprobleme über 60 Mio. Euro kosten, weswegen die Deutsche Bahn am 15. März dem Haushaltsausschuss berichtete, dass sie um eine Abänderung des Bundestagsbeschlusses und um Zustimmung zu einer alternativen Billigvariante bat, die zwar die Höherlegung der Bahntrasse um über drei Meter bedeuten würde, aber angeblich der Gemeinde Sierksdorf dennoch den vollen Lärmschutz garantieren sollte.

## SIERKSDORFER WERDEN VON BETTINA HAGEDORN GEWARNT

Noch vor der Debatte im Haushaltsausschuss bekamen der SPD-Bürgermeister Udo Gosch, die Gemeindevertretung und die Bürgerinitiative in Sierksdorf diesen Bericht von Bettina Hagedorn. Sie war vom Beschlussvorschlag der DB alarmiert, denn er sah nicht nur den kompletten Verzicht auf die vom Dialogforum 2019 geforderte und vom Bundestag beschlossene übergesetzliche Lärmschutzmaßnahme im Bereich Sierksdorf mit einer Vertiefung der Trasse um 2,50 Meter vor, sondern sogar eine Erhöhung des Bahndamms um 2,80 Meter.

Im Haushaltsausschuss konnte Bettina bei allen Fraktionen gegenüber der Bahn für deutliche Skepsis sorgen und am 29. März wurde beschlossen, dass die Bahn zu beauftragen, in Verhandlungen mit der Gemeinde Sierksdorf eine neue Akzeptanzlösung für bis zu gut 23 Mio. für übergesetzlichen Lärmschutz (das bedeutet fast 50 Prozent mehr finanziellen Spielraum als die von der Bahn favorisierte, billigste Variante) zu verhandeln und im Haushaltsausschuss zum 31. Mai vorzulegen.

## SIERKSDORFER REAGIEREN GESCHLOSSEN UND SCHNELL

Im Mai 2023 stellten die Vertreter der DB der Gemeinde Sierksdorf drei neue Varianten vor, wovon die Bahn die *Variante 2* mit Mehrkosten von 2,6 Mio. Euro favorisierte und den Sierksdorfern empfahl. Bei der *Variante 3*, die den Gemeindevertreter:innen geeigneter erschien, warnten die Bahnvertreter, dass es hiermit zu Problemen mit dem Naturschutz käme.

Aber einige Sierksdorfer haben sich schon seit Jahren intensiv mit der Festen Fehmarnbeltquerung und allen Auswirkungen befasst, die ließen sich nicht beeinflussen. Sie haben Bettina zusammen mit Gemeindevertreter:innen aller Fraktionen um Hilfe gebeten. Bettina kam zu ihnen, nach Erörterung aller Aspekte des Lärmschutzes waren sie gut vorbereitet, um die richtige Entscheidung für die ganze Gemeinde zu treffen. Eine Woche später beschlossen alle Fraktionen der Gemeindevertretung Sierksdorf einstimmig die *Variante 3*, die Mehrkosten belaufen sich auf 9,9 Mio. Euro. Die noch amtierende Gemeindevertretung hat damit ein bemerkenswertes Zeichen der Geschlossenheit über alle Fraktionsgrenzen hinweggesetzt – so geht Kommunalpolitik für alle Bürger:innen!

## VARIANTE 2 ERREICHT DEN HAUSHALTAUSSCHUSS

Für Bettina war die Überraschung groß, als sie am 14. Juni den Bericht der Bahn an den Haushaltsausschuss in Händen hielt, in dem die Bahn an ihrer favorisierten *Variante 2* festhielt und damit den einstimmigen Beschluss aus Sierksdorf für die *Variante 3* mit dem weitreichenden Lärmschutz komplett ignorierte. Bettina konnte die Ampel-Koalition im Haushaltsausschuss erneut überzeugen, sodass am 21. Juni 2023 unter TOP 17 beschlossen wurde, dass das Votum der Deutschen Bahn abgelehnt und stattdessen die 9,9 Mio. Euro für Mehrkosten des übergesetzlichen Lärmschutzes in Sierksdorf bewilligt wurden (ohne die Stimmen von Ingo Gädechens und der CDU/CSU). Die DB spart bei Variante 3 immer noch 55 Mio. Euro, da das Gleis in diesem Streckenabschnitt nicht tiefer gelegt wird.

Die Deutsche Bahn musste so erfahren, dass sie den einstimmigen Beschluss der Sierksdorfer Kommunalpolitik nicht einfach ignorieren kann. Eine Erfahrung, die sie öfter machen sollte.

## ALLE MACHT DEN BETROFFENEN! GEHT DOCH!

Gemeinde- und Stadtvertreter:innen in Ostholstein, folgt dem Vorbild der Sierksdorfer:innen, schließt euch zusammen, holt euch fachliche Hilfe und kämpft für eure Gemeinden um die besten Lösungen für alle Einwohner:innen! ■



AG 60 PLUS, KREISVERBÄNDE OSTHOLSTEIN, HERZOGTUM LAUENBURG UND STORMARN

## ALTERSARMUT – DISKUSSION MIT LOTHAR BINDING UND SERPIL MIDYATLI



„Altersarmut muss nicht sein“, sagen Lothar Binding, Bundesvorsitzender der AG 60plus und Serpil Midyatli, SPD-Landesvorsitzende. Beide sind überzeugt, dass es möglich sei, mit gerechter Verteilung, guter Arbeit und guten Löhnen Altersarmut zu verhindern. Ist der Lohn gut, sind die Rentenbeträge höher und damit die monatliche Rente später auch. Binding unterstrich auf einer Veranstaltung der AG 60plus in Eutin, dass die Abgaben dabei im Zusammenhang mit Lohnhöhe und Produktivität zu bewerten seien.

Für eine gerechte Verteilung forderte Binding eine Erwerbstätigen-Versicherung für alle und die Erbschaftssteuer auch für Unternehmer:innen. Wenn wirklich alle in eine Erwerbstätigen-Versicherung einzahlten, ginge es bei der Verteilung gerechter zu und alle könnten faire Beiträge zahlen. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass in diesem Fall auch tatsächlich alle versichert wären und niemand, weil er oder sie die Beiträge nicht zahlen kann, aus dem Netz fielen.

Zur Kultur des Erbens: Firmeneigner sprechen, wenn es um ihre Einkünfte und steuerfreien Erbschaften geht, immer gerne von der Verantwortung, die sie alleine tragen. Dabei sei es doch die Belegschaft, die den Wert des Unternehmens maßgeblich erarbeite. Wenn nun der Firmeninhaber aus natürlichen Gründen aus dem Unternehmen ausscheide, wer erbe dann den Betrieb, eine Person oder die Belegschaft? Eine Entnahme aus einem Betrieb sei für alle entscheidend und für die Gehaltsempfänger des Betriebs viel bedeutender als für den Chef oder die Chefin.



Eutins Bürgermeister Sven Radstock diskutierte mit

Serpil Midyatli wies auf die notwendige Grundsicherung und den Mindestlohn von 12 Euro hin, der im Oktober erneut steigen werde. Dennoch drohe jeder dritten Frau, nach 45 Jahren Arbeitsleben in Altersarmut zu geraten. Deshalb sei alles, was vor Ort und auf Kreisebene getan werden könne, wichtig. Die

stellvertretende Bundesvorsitzende dankte den Anwesenden für ihr ehrenamtliches Engagement. Es sei unbezahlbar, was sie aufgebaut hätten und leisteten. Es seien enorm viele Ältere maßgeblich im Ehrenamt aktiv.

Eutins Bürgermeister Sven Radstock betonte, wie wichtig es sei, dass die Gesellschaft etwas unternehme. Armut werde zwar viel diskutiert, sei aber im Grunde immer noch ein Tabu-Thema. In den vergangenen Monaten habe sich die Situation für viele Menschen extrem verschlechtert. Armut breite sich im Leben aus. „Der Alltag der betroffenen Menschen fällt sehr oft hinten runter.“

Lothar Binding sprach von der Vorstufe zur Einsamkeit. Denn ohne neue Bluse unterbleibe irgendwann der Gang vor die Tür und damit drohe die Altersdepression.

Alle drei forderten, dringend etwas zu unternehmen. Der Bürgermeister wies daraufhin, dass sich die Gesellschaft abgesehen von dem Aspekt der Menschlichkeit die Armut auch wirtschaftlich nicht leisten könne. Lothar Binding drängte, alle müssten sich um die körperliche und mentale Fitness der Menschen kümmern. „Wir müssen zu den Leuten gehen!“ Die digitale Anbindung und Begegnung über das Internet kombiniert mit ambulanter Hilfe wäre eine Möglichkeit. Die Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli wies auf die 100 „Vor-Ort-für-Dich-Kräfte“ hin, die als Ansprechpartner und helfende Hand für die Menschen in den Gemeinden da sein sollen.

In der anschließenden Gesprächsrunde erinnerte jemand an die Notwendigkeit bezahlbaren Wohnraums. Das griff Gabriele Appel aus der Gemeinde Süsel auf und forderte eine Wohnungsbau-Gesellschaft aller Kommunen. Nur gemeinsam sei das Problem fehlenden und zu teuren Wohnraums zu lösen. ■

Juliane Kahlke  
Ortsverein Eutin



Lothar Binding, Serpil Midyatli, und Uwe Tewes, der vorbereitete, organisierte und moderierte. Eingeladen hatten der Landesvorsitzende der AG SPD 60plus in Kooperation mit den Kreisverbänden Ostholstein, Herzogtum Lauenburg und Stormarn

# JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER AG 60 PLUS OSTHOLSTEIN

## EINLADUNG



Die AG 60 plus Ostholstein lädt herzlich zur Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes ein.  
Am Freitag, den 08. September 2023 treffen wir uns  
um 15.00 Uhr im Riemannhaus, Jungfernstieg 5, 23701 Eutin.

### TAGESORDNUNG

1. Eröffnung, Begrüßung und Grußworte
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Gedenken an die Verstorbenen
  
4. Rechenschaftsberichte 2019 bis heute und Verabschiedung
5. Aussprache zu den Berichten
6. Entlastung des Vorstandes
  
7. Wahl einer Wahlleiterin/eines Wahlleiters
  - 7.1. Wahl der Zählkommissionen
  
8. Wahlen
  - 8.1. Vorstand
    - 8.1.1. Vorsitzende:n
    - 8.1.2. Stellvertreter:in
    - 8.1.3. Schriftführer:in
    - 8.1.4. Kassenwart:in
  - 8.2. Beisitzer:innen
  - 8.3. Drei Delegierte und Ersatzdelegierte für Kreisparteitage
  - 8.4. Drei Delegierte und Ersatzdelegierte für die Kreiswahlkonferenz
  - 8.5. Zehn Delegierte und Ersatzdelegierte für die Ordentliche Landeskonferenz
  
9. Antragsberatung
10. Verschiedenes
11. Schlusswort der/des neuen Vorsitzenden

*Anträge bitte bis  
Mittwoch, den 30. August 2023  
an den Vorstand*

Kaffee und Kuchen gibt es für einen geringen Kostenbeitrag. ■

Solidarische Grüße  
Euer

Uwe Tewes

### **DREI WOCHEN UND EINEN TAG NACH DIESER JHV ...**

... findet die Landeskonferenz  
des Landesverbandes der AG  
60plus Schleswig-Holstein am  
30. September 2023 in Neu-  
münster statt.

### **IMPRESSUM/REDAKTION**

SPD Kreisverband Ostholstein  
Lübecker Straße 6  
23701 Eutin  
Telefon 04521/59 57  
kv-ostholstein@spd.de  
www.spd-ostholstein.de

**V.i.S.d.P.** Niclas Dürbrook, Kreisvorsitzender niclasduerbrook@gmx.de ■

**Redaktion** Niclas Dürbrook und Beate Müller-Behrens ■

**Korrektur** Susanne Böttcher-Meyners ■

**Layout und Schlussredaktion** Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de ■

Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel sind Beiträge der Redaktion ■



Foto © Susanne  
Böttcher-Meyners

SOMMER 2023

OSTHOLSTEINBRIEF

DEMOKRATIE VOR ORT NICHT ABSCHAFFEN

## RETTET DEN BÜRGERENTSCHEID

Der SPD-Landesvorstand hatte sich bereits im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens einem zivilgesellschaftlichen Bündnis angeschlossen, das die Gesetzesänderungen der Regierungsfractionen im Kommunalrecht kritisiert hat. Aus diesem Bündnis hat sich nun im Wesentlichen die Aktionsgruppe für die Volksinitiative gebildet. Serpil Midyatli ist zudem eine der drei Vertrauenspersonen, die formal für die Initiative benannt werden müssen.

Der Startschuss für die Volksinitiative zur Rettung des Bürgerentscheids in Schleswig-Holstein wurde gesetzt. Die schwarz-grüne Landesregierung hat ohne Not und gegen jede Vernunft die Beteiligungsrechte der Bürger:innen beschnitten. Das ist ein krasser Demokratie-Abbau in Schleswig-Holstein. Denn nun wurden nicht nur die notwendigen Quoren für den Erfolg von Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erhöht. Bei der Bauleitplanung gibt es zukünftig gar keine Möglichkeit mehr, Bürgerbegehren zu starten, wenn der Beschluss im Gemeinderat oder der Stadtvertretung mit 2/3 der Stimmen oder mehr beschlossen wurde.

Das können wir so nicht akzeptieren! Wir setzen uns für mehr statt weniger Bürgerbeteiligung ein. Denn das stärkt die Demokratie konkret vor Ort. Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern steht für uns im Mittelpunkt, das stärkt den Zusammenhalt in Städten und Gemeinden. Deshalb sind wir Teil eines Bündnisses von über 30 Organisationen, die den Bürgerentscheid in Schleswig-Holstein retten will. Gemeinsam mit Mehr Demokratie e.V., Naturfreunde, BUND, Nabu, Attac, Jusos, anderen Parteien und vielen mehr fordern wir, dass das Gesetz wieder rückgängig gemacht wird. Und deshalb haben wir mit dem Bündnis eine Volksinitiative gestartet, für die wir

**bis zum 15. September 2023  
die nötigen 20.000 Unterschriften sammeln wollen.**

Dann muss sich der Landtag wieder damit beschäftigen.



Fotos © Lynn Kuhlwein

Für dieses Ziel brauchen wir deine Unterstützung! Bitte unterschreibe die Initiative mit Hilfe eines Formulars oder online und überzeuge Freunde und Bekannte, das auch zu tun. Mit deiner Hilfe schaffen wir es auf jeden Fall, die nötigen Unterschriften zusammen zu bekommen und der Landesregierung zu zeigen, dass sie auf dem Irrweg ist. Wenn Günther und Co die Demokratie in Schleswig-Holstein beschneiden, werden sie mit einer lautstarken Volksinitiative eine demokratische Antwort bekommen.

Alle Informationen und aktuelle Materialien, mit denen Ihr bei euch z.B. mit Flyern, Plakaten und Infoständen unterstützen könnt, findet ihr unter <https://rettet-den-buergerentscheid.de>. Über das folgende Formular könnt ihr auch Plakate, Unterschriftenblätter und Info-Flyer bestellen, die ihr dann zeitnah in einem SPD-Büro abholen könnt. Die Plakate der Volksinitiative gibt's unter <https://www.spd-schleswig-holstein.de>. ■